

3. REGIONALER STAHLGIPFEL SAAR 2021

Resolution der Regierung des Saarlandes, des Verbandes der Saalhütten und der IG Metall im Saarland

„Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige, innovative und treibhausgasärmere saarländische Stahlindustrie schaffen“

Das Saarland ist mit fast 15 Prozent der deutschen Rohstahlproduktion ein bedeutender Stahlstandort in der Bundesrepublik. Deutschland wiederum ist der größte Stahlhersteller in der Europäischen Union. Gemessen an der Beschäftigtenzahl ist die saarländische Stahlindustrie mit rund 12.000 Beschäftigten eine tragende Säule der saarländischen Wirtschaft. Als Industriestandort braucht das Saarland auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie, um den Strukturwandel mitzugestalten und gestärkt aus ihm hervorzugehen.

In den letzten Jahren zeichnen sich politische Entwicklungen ab, die zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlunternehmen in Deutschland gefährden. Zu den Hauptrisiken gehören gegenwärtig vor allem globale Überkapazitäten, ungleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltstahlmarkt und der Klimawandel, der eine weitgehende Reduzierung der CO₂-Emissionen erforderlich macht.

Mit dem Klimaschutzgesetz 2021 hat die Bundesregierung die Klimaschutzziele bis 2030 verschärft und das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 verankert. Die saarländische Stahlindustrie wird sich mit ganzer Kraft einbringen, damit die Ziele erreicht werden können, benötigt dafür jedoch die richtigen Rahmenbedingungen.

Die Stahlunternehmen in Deutschland haben eigene Konzepte für die „grüne“ Transformation entwickelt. Sie können diese jedoch nur umsetzen, wenn ein breiter und technologieoffener Mix an Instrumenten zur Verfügung gestellt wird, damit jedes Unternehmen so schnell wie möglich substanzielle CO₂-Reduktionen realisieren kann.

Für die Unternehmen der Hochofenroute ist eine Transformation der Primärstahlerzeugung unerlässlich, was sie vor enorme technologische und ökonomische Herausforderungen stellt. Die Kosten für die Transformation der Primärstahlerzeugung wird kein Stahlunternehmen in Deutschland ohne staatliche Unterstützung leisten können. Sie erfordert langfristige Investitionen von rund 30 Mrd. Euro bis 2050, wobei rund 4 Mrd. Euro für die saarländische Stahlindustrie anzusetzen sind.

Mit der Elektrostahlroute besteht bereits die Möglichkeit einer klimafreundlichen Stahlproduktion, da durch das Recycling von Stahlschrott erhebliche Energiemengen und damit CO₂-Emissionen eingespart werden. Auf diese Weise tragen die saarländischen Elektrostahlwerke schon heute maßgeblich zu CO₂-Minderungen bei.

Das Ziel einer klimaneutralen Stahlindustrie bis 2045 erfordert einen regulatorischen Rahmen auf nationaler und europäischer Ebene, der die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen während des gesamten Transformationsprozesses sicherstellt und Carbon-Leakage zuverlässig verhindert.

Eine wettbewerbsfähige, innovative und treibhausgasärmere saarländische Stahlindustrie benötigt insbesondere folgende Rahmenbedingungen:

1. Auf europäischer Ebene müssen im **EU-Emissionshandel** die kostenfreie und bedarfsgerechte Zuteilung von Emissionsrechten und die Kompensation emissionshandelsbedingter Strompreissteigerungen weiterhin enthalten sein. Der bestehende EU-Emissionshandel darf nicht auf andere Sektoren ausgeweitet werden. Des Weiteren darf der von der Europäischen Kommission geplante **CO₂-Grenzausgleich** die kostenfreie Zuteilung der Emissionsrechte und die Strompreiskompensation nur ergänzen, aber nicht ersetzen. Für einen wirksamen Carbon-Leakage-Schutz sind zudem WTO-konforme Exporterstattungen für die Grundstoffindustrien unerlässlich.

Für das Gelingen der Transformation und die damit verbundenen erforderlichen Investitionen muss die **EU-Taxonomie** so umgesetzt werden, dass den Unternehmen nicht der Zugang zum Kapitalmarkt verwehrt wird, mit der Folge eines höheren Fördermittelbedarfs.

Zur Unterstützung der Transformation der Stahlproduktion auf CO₂-ärmere bzw. CO₂-neutrale Verfahren muss der **beihilferechtliche Rahmen** der Europäischen Union grundlegend überarbeitet werden.

Die Unterzeichnenden befürworten die dreijährige Verlängerung der **Schutzklauselmaßnahmen** der Europäischen Union im Stahlsektor („Safeguards“) bis Ende Juni 2024. Zudem müssen die bestehenden Handelsschutzinstrumente konsequent angewandt und weiterentwickelt werden, so zum Beispiel im Bereich der Antidumping- und Antisubventionsverfahren.

2. Eine klimaneutrale saarländische Stahlindustrie bis 2045 ist mit Investitionen in Milliardenhöhe verbunden, mit denen kurzfristig begonnen werden muss. Neben der Förderung von Investitionen ist außerdem eine Betriebskostenförderung erforderlich. Daher müssen die europäischen und nationalen **Förderprogramme** mit ausreichenden Mitteln ausgestattet und untereinander kombinierbar sein. Des Weiteren müssen die langfristigen Förderbedingungen des Bundes und der Europäischen Union bis spätestens 2022 feststehen.
3. Eine CO₂-reduzierte bzw. langfristig klimaneutrale Stahlproduktion ist mit Mehrkosten verbunden, die gegenwärtig nicht am Markt erwirtschaftet werden können. Deshalb müssen kurzfristig **Leitmärkte für „grünen“ Stahl** durch staatliche Anreizsysteme geschaffen werden, die mittel- bis langfristig die staatliche Anschubfinanzierung ablösen können. Von zentraler Bedeutung ist hierbei eine international anerkannte und umfassende **Definition von „grünem“ Stahl**, die entgegen den aktuell diskutierten Entwürfen physikalisch umsetzbar ist und mit den Stahlproduzenten und -verbrauchern gemeinsam ausgestaltet werden muss.
4. Deutschland wird seinen Wasserstoffbedarf in großen Teilen über Importe decken müssen. Aufgrund der geographischen Lage des Saarlandes weit weg von den wichtigen Frachthäfen Europas ist die Entwicklung einer lokalen Wasserstoffwirtschaft für den Industriestandort Saarland von entscheidender Bedeutung. Mit der **„Grenzüberschreitenden Wasserstoffinitiative der Großregion“ (IPCEI-Wasserstoffverbundprojekt)** besteht für das Saarland die Chance, eine solche regionale und grenzüberschreitende Wasserstoffwirtschaft mit Erzeugung, Transport und Nutzung von Wasserstoff zu etablieren. Die saarländische Stahlindustrie ist mit dem **Innovationsprojekt „H2SYNGas“** Teil des IPCEI-Verbundantrages und nimmt als großer Nachfrager von „grünem“ Wasserstoff eine Schlüsselrolle im strategischen Aufbau der regionalen Wasserstoffwertschöpfungskette ein.

Für die deutsche Stahlindustrie sind die geplanten Klimaschutzverträge (**„carbon contracts for difference“**) von entscheidender Bedeutung. Dabei soll gegenwärtig der Einsatz von Wasserstoff im Hochofen nicht gefördert werden. In diesem Fall könnte das Projekt „H2SYNGas“, mit dem erhebliche Mengen an CO₂ durch Einblasen von Wasserstoff im Hochofen vermieden werden können, nicht realisiert werden. Fehlt aber die Stahlindustrie als Schlüsselabnehmer, werden der Aufbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffwirtschaft in der Großregion und damit der perspektivische Anschluss an den European Hydrogen Backbone unwahrscheinlich. Daher ist es für den Industriestandort Saarland von elementarer Bedeutung, dass die geplanten Klimaschutzverträge technologieoffen ausgestaltet werden.

5. Die Stahlindustrie ist bereits vor 2030 in der Lage, zum Beispiel durch Elektro Stahl oder den Einsatz von Wasserstoff, CO₂-Emissionen deutlich weiter zu reduzieren und damit zur Erfüllung des Klimaziels 2030 beizutragen. Hierfür müssen schnellstmöglich die erforderlichen Elektrolysekapazitäten und geeignete Verteilernetze für „grünen“ Wasserstoff geschaffen werden. Zudem muss eine **kontinuierliche und sichere Versorgung** mit Wasserstoff, aber auch mit erneuerbarem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen sichergestellt werden. Ziel sollte es dabei sein, die wasserstoffbasierte Stahlerzeugung - soweit betriebswirtschaftlich sinnvoll und infrastrukturell möglich - vorrangig an den heutigen Standorten der Stahlindustrie umzusetzen.
6. Gegenwärtig sind im **Nationalen Wasserstoffrat** keine saarländischen Stakeholder vertreten. Die Unterzeichnenden werden sich deshalb nach Kräften dafür einsetzen, dass dennoch saarländische Interessen bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Nationalen Wasserstoffstrategie berücksichtigt werden.
7. Das **Klimaschutzgesetz 2021** sieht eine überdurchschnittliche Minderung der Jahresemissionsmengen der Industrie vor. Bei der instrumentellen Umsetzung muss aus Gründen des Carbon-Leakage-Schutzes zuverlässig sichergestellt werden, dass Anlagen der Grundstoffindustrien, die bereits in den EU-Emissionshandel einbezogen sind, nicht mit weiteren nationalen Zusatzbelastungen konfrontiert werden. Der Klimapakt Deutschland und das Sofortprogramm 2022 müssen von der Bundesregierung konkretisiert und in rechtlich verbindlicher Weise umgesetzt werden.
8. Bei allen Herausforderungen und strukturellen Veränderungen im Stahlsektor müssen auch die **Belange der Beschäftigten** berücksichtigt und deren Zukunftsperspektiven abgesichert werden. Die Beschäftigten sind hochmotiviert und wollen auch künftig maßgeblich dazu beitragen, dass die saarländische Stahlindustrie qualitativ hochwertige und innovative Produkte erzeugt. Dazu gehören gute Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen sowie die Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten mit dem Ziel, die Standorte und Arbeitsplätze perspektivisch abzusichern.

Die Unterzeichnenden werden mit ganzer Kraft und Nachdruck die Herausforderungen der saarländischen Stahlindustrie in Berlin und Brüssel kommunizieren, um regionale Wertschöpfung, Beschäftigung und Innovation zu sichern und auszubauen. Dabei wird sich die Regierung des Saarlandes auch weiterhin im Rahmen der Nationalen Allianz der Stahlländer aktiv für den heimischen Stahlsektor engagieren.

Völklingen, den 8. Juli 2021

Für die Regierung des Saarlandes:

Für den Verband der Saalhütten:

 Anke Rehlinger,
 Ministerin für Wirtschaft, Arbeit,
 Energie und Verkehr des Saarlandes

 Albert Hettrich,
 Präsident des Verbandes
 der Saalhütten

Für die IG Metall im Saarland:

 Lars Desgranges,
 1. Bevollmächtigter der IG Metall
 Völklingen / Stahlbeauftragter Saarland

Die Stahlindustrie im Saarland

- Rund 15 Prozent des deutschen Rohstahls werden an der Saar produziert.
- Die saarländische Stahlindustrie hat rund 12.000 direkt Beschäftigte an der Saar. Insgesamt hängen von der saarländischen Stahlindustrie rund 34.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt in Deutschland ab, davon rund 20.000 Arbeitsplätze im Saarland.
- Die Stahlindustrie bildet insgesamt rund 500 junge Leute in 18 verschiedenen Berufen aus und bietet ihnen nach der Ausbildung auch den Einstieg in ein Berufsleben in den Unternehmen an. Zudem nutzen kleine und mittlere Unternehmen zunehmend die modernen Ausbildungswerkstätten der saarländischen Stahlindustrie zur Ausbildung ihrer eigenen Nachwuchskräfte.
- Mit den Unternehmen der saarländischen Stahlindustrie ist ein Bruttoeinkommen von rund 800 Mio. Euro pro Jahr verbunden.
- Gemessen an der Beschäftigtenzahl ist die Stahlindustrie im Saarland neben dem Maschinenbau, dem Fahrzeugbau und der Metall verarbeitenden Industrie eine der vier Schlüsselbranchen der saarländischen Industrie.
- Die saarländische Stahlindustrie stärkt die regionale Wertschöpfung, denn über ein Fünftel des gesamten Einkaufsvolumens geht als Aufträge an saarländische Unternehmen.
- Die saarländischen Stahlunternehmen sind hochmodern und innovativ. Rund 125 Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker arbeiten in den F&E-Abteilungen, hinzu kommen fast 250 Beschäftigte in den IT-Abteilungen.

Stahl ...

- ... ist nachhaltig, denn er ist nicht nur langlebig, sondern kann auch für viele Stahlanwendungen ohne Qualitätsverlust zu 100 Prozent und beliebig oft recycelt werden.
- ... leistet einen bedeutenden Beitrag zum Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft in Deutschland, da er für einen Umbau zu einer CO₂-freien Wirtschaft unersetzbar ist. Selbst wenn er im Endprodukt nicht enthalten ist, wird er für dessen Herstellung, Lagerung und Transport benötigt. Zudem wird Stahl für Recyclingprozesse anderer Produkte gebraucht. Nur durch Stahl wird für viele andere Produkte eine Kreislaufwirtschaft erst möglich.
- ... ist wesentlicher Bestandteil für die Entwicklung einer CO₂-neutralen Wirtschaft und Gesellschaft.
- ... ist Voraussetzung für die Umsetzung klimafreundlicher Technologien (Windenergie, Wasserkraft, Elektromobilität, ...) und damit zentral für die Energiewende.
- ... ist angesichts der umfassenden Stahlverwendung in fast allen Branchen für das Funktionieren der hochentwickelten deutschen Wirtschaft systemrelevant.

Weitere Informationen:

isoplan-Studie „Die Zukunft der saarländischen Stahlindustrie - Chancen und Risiken unter kritischen Rahmenbedingungen“ (April 2020)